

MENDEN KANN MEHR!

Kommunalwahl-
Programm 2009



ZEIT FÜR GRÜN



MENDEN

KANN

MEHR!

Vwort	4
Ökologische & bürgerfreundliche Stadtentwicklung	5
Vielfalt der Wohnformen	5
Die Innenstadt beleben	6
Stadtteile stärken	6
Bahnhofsgelände	7
Einzelhandel, städtische und verbrauchernahe Angebote fördern	8
Mobilität für Menden	9
Busse und Bahnen	9
Mendener Bahnhof	10
Unterwegs zu Fuß und mit dem Rad	10
Nein zur A46	11
Umdenken in der Verkehrspolitik	11
Nordtangente	12
Finanzen – Sparen ja, aber nicht um jeden Preis	
Gemeinden brauchen finanzielle Sicherheit	13
Mendener Ursachen für das Loch im Haushalt	13
Grüne Maßstäbe	14
Das Sparkassendesaster	15
Kommunale Wirtschaftspolitik	16
Grundsätze grüner Wirtschaftspolitik	16
Grüne Wirtschaftspolitik konkret	17
Arbeit bei der Stadt	18
Klimaschutz – Herausforderung und Chance	19
Klimaschutz schafft Arbeitsplätze vor Ort	19
Der erste und wichtigste Schritt in Menden wird verhindert	20
Mit ganzer Energie in allen Handlungsfeldern	20
Hohe Energiepreise als sozialpolitische Herausforderung.	21
Energetische Sanierung von Gebäuden	22
Erneuerbare Energien	22
Zukünftige Ausrichtung der Stadtwerke	22
Aktiver Natur- und Umweltschutz	23
Altbäume erhalten	23
Naturschutz	23
Hochwasserschutz	24
Für eine starke Umweltaufteilung	25
Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt	26
Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Gerechte Startchancen von Anfang an	26
Kinder mit und ohne Behinderung in KITAs	27
Menden an Deiner Seite - Frühe Hilfen für Familien in Menden	27
Spiel- und Bewegungsflächen in unserer Stadt	28
Die Jugendbildungsstätte Kluse	28
Stadtteilarbeit	29
Papenbusch	29
Chancen durch Bildung	30
Früher anfangen	30
Kurze Beine brauchen kurze Wege	30
Kein Kind zurücklassen	30
Ganztagsschulen bieten Zeit für mehr	31
Schulwege erleichtern	31
Schüler und Schulen brauchen gute Beratung	32
Vernetzt betreuen	32
Mehr Männer in Kitas und Grundschulen	32
Sozialpolitik für Menden	33
Armut	33
Familienpass	33
Sozialklausel	33
Sozialticket	34

Arbeit für alle ermöglichen	34
Das soziale Netz / Beratungsstellen	34
Alte Menschen / Demografischer Wandel	35
Behinderte und psychisch Kranke	35
Lesben und Schwule	35
Frauenpolitik	36
Mädchen und Frauen stark machen	36
Beratung sichern – Vor Gewalt schützen	37
Integration	38
Ausländische Vereine und Verbände	38
Mitbestimmungsrechte für ausländische Mitbürger/innen	38
Sprachförderung	39
Ausländische Flüchtlinge	39
Kultur	40
Bücherei	40
Kunst- und Musikschule	40
Kunst- und Theaterszene	40
Museum	41
Sport	42
Mendener Bäder	42
Sportplätze und -hallen	42
Trendsport	42
Demokratie und Transparenz	43
Haushalt mitgestalten	43
Bürgerbeteiligung	43
Bürgerbegehren unterstützen	44

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

zur Kommunalwahl am 30. August treten Mitglieder von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und unabhängige KandidatInnen gemeinsam als GRÜNE an.

Menden braucht einen politischen Wandel, der Rat muss grüner werden. Die politischen Debakel und Fehlentscheidungen der letzten Jahre machen das klar:

- Fällung unzähliger stadtbildprägender Bäume
- Bahnhof und Hönneinsel ohne tragfähiges Konzept
- Planung der Autobahn 46 diagonal durch Menden
- Überschuldung und Fusion der Mendener Sparkasse
- Aufgabe unserer einzigen sauberen Trinkwasserquelle
- Sozialklausel, die ihren Namen nicht verdient
- Auflösung der Umweltschutzabteilung

Wir sind gut aufgestellt: Die Vielfalt macht's möglich! Jung und Alt, Frauen und Männer bringen ihre unterschiedlichen Erfahrungen ein. Von Erzieherin bis Informatiker, von Hebamme bis Unternehmerin, von Grafikerin über Puppenspieler bis Forstwirtschaftsmeister – durch die bunte Palette der Berufsfelder kommt eine Menge Sachverstand zusammen.

Wir GRÜNEN treten mit guten Konzepten und kompetenten Menschen an, die Politik zu verändern. Und wir sind überzeugt: Menden kann mehr!

ÖKOLOGISCHE & BÜRGERFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Menden ist eine moderne Stadt am Rande des Sauerlandes mit vielfältigen Ausstrahlungen ins westfälische Umland. Hier finden wir „noch“ eine lebendige Innenstadt umgeben von den selbstbewussten Nebenzentren Lendringsen und Bösperde, sowie die verträumten, dörflichen Siedlungen Schwitten, Halingen, Hüingsen, Oesbern und Asbeck. Diesen typischen Mendener Charakter gilt es zu stärken.

Wir Grünen setzen auf eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Menden. Wir wollen eine Stadt für alle und nicht eine Stadt, die in Armen- und Reichenviertel abgegrenzt ist. Stattdessen wollen wir die soziale Mischung in der Stadt pflegen und Nachteile durch gezielte Förderung in Bildungs-, Sozial- und Kulturangebote ausgleichen.

Wir setzen uns ein für eine lebenswerte Stadt mit kurzen, barrierefreien Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten, Erholen und Lernen - das hilft Familien und alten Menschen ebenso wie dem Klima und der Natur. Hier unterstützen und arbeiten wir aktiv an dem Innenstadtkonzept der Stadtverwaltung und fordern die weiteren Konzepte für die Nebenbezirke/Stadtteile.

Auch setzen wir Mendener Grünen einen Schwerpunkt bei der Unterstützung der energetischen Optimierung von Gebäuden und Siedlungen. Diese Vorgabe umfasst sowohl die Priorisierung der Standorte mit guter ÖPNV-Erschließung als auch die Reduzierung des Energieverbrauchs bzw. die Nutzung regenerativer Energien durch die Haushalte.

Vielfalt der Wohnformen

Menden fehlt ein städteplanerisches Konzept, wie sich die Wohnsituation entwickeln soll. Das großspurig angekündigte Konzept „Wohnen an der Höhne“ auf dem ehemaligen KME-Gelände ist gescheitert. Auch andere Wohnbauprojekte – sei es für Eigentum oder Mietwohnungen – sind schwer bis gar nicht vermarktbar.

Dieser Wildwuchs darf so nicht weitergehen. Menden braucht eine fundierte Wohnraumkonzeption, um ein maßvolles Wachsen oder Schrumpfen unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien zu sichern.

Weiterhin ist es notwendig, innerhalb der Baugebiete alle Wohnformen nebeneinander zu entwickeln, d.h. Mietwohnungen sollten genauso ihren Platz haben wie Eigenheime, Wohnprojekte für unterschiedliche Zielgruppen, Angebote für junge und alte Menschen. Neue Nachbarschaften – gemeinschaftsorientierte

Wohnformen von Jung und Alt – ein Thema, das zunehmend Interessenten gewinnt, weil es in einer Zeit von Individualismus auf der einen Seite und Einsamkeit auf der anderen Seite für Menschen jeden Alters eine neue Wohn- und Lebensqualität schafft. Gebiete wie die Restflächen der Hönneinsel bieten hier neue Chancen, insbesondere als autoarmes Wohnviertel.

Die Innenstadt beleben

„Wohnen in der City“ ist für Familien und Singles, für jüngere und ältere Menschen eine durchaus reizvolle Angelegenheit. So kommt im wahrsten Sinne des Wortes Leben in die City. Die innerstädtische Brachfläche der Hönneinsel bietet den nötigen Entwicklungsraum, hier darf aber nicht nur für ein „hochwertiges“ sprich teures Bauen, sondern auch für den „normalen“ Bürger erschwinglichen Wohnraum entstehen. Dafür haben wir uns immer eingesetzt und werden auch in Zukunft dieses Ziel unterstützen. Ein erster Ansatz ist das von uns unterstützte Senioren-Wohnprojekt St. Vincenz auf der Hönneinsel.

Die Innenstadt bedarf auch mehr Investitionen im öffentlichen Raum - Grünflächen, freundliche Sitzmöbel, kleine Spielgeräte und Wasserbrunnen. Diese müssen durch private und öffentliche Initiativen zusammen finanziert werden. Zur Aufwertung gehört auch Kunst im öffentlichen Raum. Der IMW (Initiativkreis Mendener Wirtschaft) hat hier eine Vorreiterfunktion, wir sind im engen Kontakt mit ihm und unterstützen seine Aktivitäten.

Weiterhin ist ganz wichtig für die Belebung der Innenstadt der Wochenmarkt, für dessen Erhalt wir uns einsetzen.

Stadtteile stärken

Urbanität beschränkt sich nicht nur auf die Innenstadt – gerade auch in den Mendener Nebenzentren mit ihren unterschiedlichen Strukturen, die vom dörflichen Kern bis zur Kleinstadt, sprich hier Lendringsen, reichen, findet städtisches Leben statt. Vor allem angesichts der zunehmenden Alterung der Bevölkerung gewinnen die Stadtteile an Bedeutung. Wohnortnahe Versorgung mit Geschäften, kulturellen Angeboten und sozialen Einrichtungen sowie gute Nahverkehrsverbindungen zur Innenstadt und zwischen den Stadtteilen sind für die Lebensqualität von wesentlicher Bedeutung, insbesondere für Eltern und Kinder, für Jugendliche und alte Menschen.

Im Rahmen des städtischen Einzelhandelskonzepts werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Nebenzentren gestärkt werden. Die Initiativen der Bewohner und Nutzer der Stadtteile mit ihrer Kreativität und ihren Kenntnissen wollen wir stärker in die Entscheidungen und Realisierung der Stadtteilentwicklung einbeziehen als es bisher politisch gewollt war.

Für dicht besiedelte Stadtteile fordern wir eine Anschubfinanzierung zur Entsiegelung von Höfen und Vorgärten. Damit sollen private Initiativen zur Gestaltung von Wohn- und Spielhöfen unterstützt und neue grüne Oasen besonders in dicht bebauten Bereichen möglich gemacht werden.

Was wir konsequent ablehnen, sind Außenbereichssatzungen. Sie zerstören die gewachsenen Strukturen unserer Außenbereiche, auf die wir so stolz sind. Wir wollen diese Landschaft so erhalten wie sie so typisch für Menden in den Außenbereichen ist.

Bahnhofsgelände

Der Bahnhof muss entwickelt werden, das steht auch für uns außer Frage. Das muss aber auf vernünftigem Weg geschehen. Dazu gehört vor allem, dass die Nutzungen für Bürger und Stadt verträglich sind und nicht allein kommerzielle Interessen erfüllen. Die Möglichkeit dazu bot sich mit dem Bahnflächenpool des Landes. Mit seiner finanziellen Hilfe hätten die Flächen aufgekauft und Stück für Stück im Interesse der Stadt entwickelt werden können. Unsere Anträge in der Vergangenheit, den Mendener Bahnhof in diesen Pool aufzunehmen, scheiterten an der Ablehnung von CDU und SPD. Sie haben stattdessen auf private Investoren gesetzt und sind mit diesem Modell nun schon mehrfach kläglich gescheitert. Allein deshalb ist der Mendener Bahnhof im bekannten Zustand.

Andere Städte haben den Bahnhofpool beantragt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Fakt in Menden ist leider: Der Mendener Bahnhof gehört privaten Investoren, damit müssen wir arbeiten um eine Veränderung im positiven Sinne zu schaffen.

Durch die Vorstellung eines neuen Entwicklungsmodells gibt es nun eine Alternative zu den Breuer-Plänen. Da es sich bisher allerdings nur um eine Studie handelt, ist eine abschließende Bewertung an dieser Stelle nicht möglich. Wir erneuern daher hier unsere klaren Maßstäbe an die Entwicklung des Bahnhofsgeländes:

- Die Aufenthaltsqualität und der Service für Reisende müssen angemessen berücksichtigt werden.
- Chancen zur besseren Vernetzung des ÖPNV müssen genutzt werden.
- Die Nutzungen müssen stadt- und insbesondere innenstadtverträglich sein und dem Einzelhandelskonzept entsprechen.
- Die Gestaltung muss in die Umgebung passen und eine Aufwertung für die Innenstadt werden.
- Es dürfen keine Verkehrsprobleme verstärkt werden.
- Energetisch muss das Gebäude ein Vorbild für Menden sein.

Einzelhandel, städtische und verbrauchernahe Angebote fördern

Der Markt für alle Handelseinrichtungen in Menden ist aufgeteilt. Wo großflächige Handelseinrichtungen neu genehmigt werden, wird anderen ein Stück vom Kuchen entzogen. Wir lehnen deshalb eine Ansiedlung neuer Großhandelseinrichtungen in Randlagen und jenseits der gewachsenen Stadtteile ab. Die geplante Errichtung eines überdimensionierten Evidal-Centers mit innenstadtrelevanten Sortimenten haben wir abgelehnt und konnten es auch stoppen.

Priorität für uns hat die fußläufig erreichbare Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie ein Netz von Frischemärkten mit vorrangig regionalen und ökologischen Angeboten in allen Stadtteilen. Dazu müssen die städtischen Flächen und Steuerungsmöglichkeiten gezielt genutzt werden. Wir haben das jetzt vorliegende Einzelhandelskonzept der Stadtverwaltung unterstützt und aktiv daran mitgearbeitet. So werden die ansässigen Einzelhändler sowie regionale Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe gestärkt und gefördert.

MOBILITÄT FÜR MENDEN

Der aktuelle Verkehrsentwicklungsplan sagt es ganz deutlich: Während in Menden für den Autoverkehr viel Platz zur Verfügung gestellt wird, werden Fußgänger, Radfahrer, Bus und Bahn immer noch vernachlässigt. Während der Autoverkehr steigt, sind die Potentiale für den öffentlichen Personennahverkehr sowie für das Fahrrad nur unzureichend ausgeschöpft. Deshalb ist es in Menden notwendig, die Alternativen zum Autoverkehr zu fördern. Denn wir stehen immer öfter im Stau, den wir selber verursachen. Abgase, Lärm und Unfallgefahren sind alltäglich geworden.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die Mobilität für alle auch ohne Auto gewährleistet und dabei die Natur möglichst wenig belastet. Wir treten dafür ein, die Bedingungen für Busse, Bahn, Radfahrer und Fußgänger zu verbessern. Wir wollen erreichen, dass auch diejenigen, die heute ihr Auto benutzen, öfter mal umsteigen.

Diese Verkehrspolitik hat auch eine soziale Komponente. Denn vor allem Kinder und Jugendliche sowie die steigende Anzahl älterer Menschen ohne eigenes Auto sind auf gute, zuverlässige, bequeme und preiswerte Bus- und Bahnverbindungen sowie auf sichere Fuß- und Radwege angewiesen.

Busse und Bahnen

Busse und Bahnen werden in Menden im Vergleich zum Landesdurchschnitt weiterhin nur unterdurchschnittlich benutzt. Wir wollen das Bus- und Bahnfahren attraktiver machen.

Gerade im ländlichen Raum sind viele Menschen auf funktionierende Bus- und Bahnverbindungen angewiesen. Wir fordern deshalb Verbesserungen im ÖPNV: Um dem veränderten Arbeits- und Freizeitverhalten gerecht zu werden, müssen die Fahrzeiten in den Abendstunden und an den Wochenenden auch nachts ausgeweitet werden. Die Verknüpfung von Bus und Bahn muss stärker verfolgt werden, hierzu bietet die Neugestaltung des Bahnhofsgeländes beste Chancen. Die Busanbindung der ländlichen Ortsteile muss erhalten und möglichst sogar noch ausgebaut werden. Auf Mendener Gebiet fehlt an zahlreichen Bushaltestellen ein Wetterschutz, sogar an zentralen Haltestellen wie Walburgiskirche oder Westwall werden die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen gelassen. Wir setzen uns deshalb für den geeigneten Ausbau der Haltestellen ein.

Wir treten für die Wiederaufnahme des regelmäßigen Schienenverkehrs auf der Strecke nach Hemer ein. Die Einstellung des Verkehrs auf dieser Strecke vor 20 Jahren war ein Fehler, der jetzt schnellstmöglich rückgängig gemacht werden muss. Durch eine Wiederaufnahme der Strecke könnten laut Verkehrsentwicklungsplan über 1500 Menschen täglich die Verbindung nach Hemer nutzen, davon über 200 zusätzlich als Umsteiger vom Auto in die Bahn. Zudem hat die Holzverladung nach „Kyrill“ gezeigt,

wie wichtig eine noch vorhandene Schieneninfrastruktur auch für den Güterverkehr sein kann: Ohne die Strecke Hemer-Menden wären unsere Straßen mit täglich ca. 40 Holztransporten zusätzlich belastet worden.

Unserem gemeinsamen grünen Engagement mit VCD, ADFC und dem Förderverein Oesetalbahn ist es zu verdanken, dass die Schiene nach Hemer noch nicht demontiert ist. Denn sind die Schienen erst einmal abgebaut, wird die Schienenverbindung für immer Geschichte sein! Nun geht es darum, möglichst viel Bahnverkehr auf die Strecke zu bekommen.

Mendener Bahnhof

Bei den allgegenwärtigen Diskussionen um den Mendener Bahnhof wird leider immer wieder seine eigentliche Funktion vergessen. Allein bis zu 1000 Schüler täglich nutzen unseren Bahnhof. Bei der Gestaltung des Bahnhofsgeländes geht es deshalb darum, dass Menden wieder einen attraktiven Haltepunkt bekommt, der Service und Aufenthaltsqualität bietet. Die im Vergleich zu anderen Städten extrem innenstadtnahe Lage fordert dies geradezu heraus. Wir treten für einen Bahnhof ein, der zum Reisen mit der Bahn wieder einlädt. Die Verknüpfung von Bus- und Bahnfahren muss bei allen Planungen berücksichtigt werden. Für Park-and-Ride müssen dabei ausreichend Parkplätze zur Verfügung gestellt werden.

Unterwegs zu Fuß und mit dem Rad

Die gestiegenen Verkehrsbelastungen verschärfen die Situation für Fußgänger und Radfahrer. Gerade Kinder, ältere Menschen und Behinderte sind dabei besonders gefährdet. Alle verkehrspolitischen Maßnahmen müssen dabei insbesondere die Situation dieser Gruppen verbessern. Da wo es notwendig und sinnvoll ist, treten wir für den Ausbau von Bürgersteigen und Gehwegen sowie von Verkehrsinseln zur besseren Überquerung von Straßen ein.

Nach wie vor wollen wir die Situation in der Lendingser Hauptstraße für Fußgänger und Radfahrer verändern. Die Möglichkeiten, die sich nach dem Bau der Umgehungsstraße B515n besonders für sie ergeben hätten, sind nicht genutzt geworden. Der gewonnene Platz durch die Verlagerung vor allem des LKW-Verkehrs ist durch zusätzliche Parkplätze wieder nur dem Autoverkehr zugute gekommen. Wir wollen bei einer Umgestaltung vor allem die Situation für Fußgänger und Radfahrer verbessern. Und wir sind sicher: Das nützt auch dem Lendingser Einzelhandel.

In der Innenstadt treten wir dafür ein, den Platz vor dem Neuen Rathaus auto- und parkfrei zu gestalten. Die Erfahrungen am Alten Rathausplatz haben gezeigt, dass dies die Attraktivität des Platzes und damit der Innenstadt steigert.

Das Mendener Radwegenetz muss überprüft, verbessert und ergänzt werden. Dadurch wollen wir den Anreiz steigern, gerade für kleinere Fahrten aufs Rad umzusteigen.

Nein zur A46

Die Autobahn A 46 wäre auf unserem Stadtgebiet die größte Umweltzerstörung, die Menden je erlebt hat. Daran ändert auch die von der CDU geforderte 590 Meter lange Untertunnelung eines Industriegebiets nichts. Die damalige CDU-Mehrheit hat 1999 die Resolution gegen den Bau der Autobahn durch eine Pro-A46-Position ersetzt. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Autobahn auch im neuen Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf übernommen wurde und die Planungen voran getrieben werden. Schon im Herbst 2009 sollen in den Städten die Trassenvarianten vorgestellt werden.

Die A46 würde nachweislich zusätzlichen Verkehr in unsere Region bringen. Entlastungen für einige Straßen stehen Belastungen an anderer Stelle in großem Umfang gegenüber. So sagen die aktuellen Planungen eine tägliche Belastung von über 33.000 bzw. 40.000 Fahrzeugen für die A46 zwischen Hemer und dem geplanten Anschluss in Wickede voraus.

Zu den vorhersehbaren Lärmbelastungen kommt vor allem die Zerschneidung der Naherholungs- und Waldgebiete rund um Waldemei, Oese, Rauherfeld, Berkenshofskamp, Spitthof, Hexenteich, Oesbern, Barge und Werringsen. Die Verkehrsprobleme vor Ort sind nicht durch eine Autobahn zu lösen! Sie sind überwiegend hausgemacht.

Umdenken in der Verkehrspolitik

Neue Straßen ziehen auch neuen Verkehr an, gleiches gilt für neue Parkplätze. Viele Probleme sind also nicht einfach mit noch mehr Straßen zu lösen, sondern durch neue Verkehrskonzepte und ein Umdenken in der Verkehrspolitik.

Wir wollen eine Reduzierung der Belastungen insbesondere auf den Wällen rund um die Innenstadt. Ähnlich hoch belastet sind auch Kolping- und Wilhelmstrasse. Das eingeführte kostenlose Parken in den ersten 20 Minuten halten wir für einen Fehler. So werden nur noch mehr Autos in die Innenstadt gezogen, die einen Parkplatz suchen. Wir treten dafür ein, dass sich stattdessen die Bedingungen verbessern, um auch ohne Auto Einkäufe und Besorgungen in der Stadt sicher und bequem machen

zu können. Statt das kostenlose Parken zu subventionieren wollen wir erreichen, dass ein Teil der Fahrtkosten für Busse und Bahn in die Innenstadt bei Vorlage der Fahrkarte vergütet wird und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöht wird.

Nordtangente

Die Nordtangente kann eine Möglichkeit sein, um den Bräukerweg, die Kreuzung Märkische Straße und Teile der Fröndenberger und Werler Straße zu entlasten. Allerdings führt eine solche Verbindung zwangsläufig zu neuen Belastungen an anderen Stellen – hier insbesondere auf der Bismarckstraße. Vor einer weitergehenden Planung fordern wir deshalb eine detaillierte Überprüfung der Auswirkungen der Nordtangente. Denkbar ist eine solche Verbindung auch nur dann, wenn nicht gleichzeitig in wenigen Kilometern Entfernung mit dem Bau der A46 eine zusätzliche große Verbindung in die gleiche Richtung gebaut wird.

FINANZEN – SPAREN JA, ABER NICHT UM JEDEN PREIS

Menden macht Schulden, das lässt sich nicht wegreden. Unsere Ausgaben übersteigen deutlich die Einnahmen – und das absehbar auch in den kommenden Jahren. Das wird ab 2010 zur Folge haben, dass wir wieder in die Haushaltssicherung geraten und unsere Ausgaben bzw. Investitionen einschränken bzw. genehmigen lassen müssen.

Gemeinden brauchen finanzielle Sicherheit

Damit steht Menden nicht allein, etwa der Hälfte aller Städte in NRW geht es genauso. Dabei leben viele dieser Städte nicht luxuriös. Sie können nur einfach ihre vielen Aufgaben nicht mehr bezahlen, weil die Einnahmen dafür nicht ausreichen. Dabei werden die Kommunen von Bund und Land im Regen stehen gelassen. Statt endlich für eine ausreichende Grundfinanzierung der Kommunen zu sorgen, belasten sie die Städte immer wieder mit neuen Aufgaben ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich. So verursacht z.B. allein das neue KinderBildungsGesetz (KiBiz) der schwarz-gelben Landesregierung jährliche Zusatzkosten von rund 800.000 Euro für den Mendener Haushalt. Mehr noch: Das Land saniert seinen Haushalt, indem es den Städten die Gelder kürzt oder vorenthält. Beispiele dafür sind die unvollständige Weitergabe der Wohngeldmittel nach SGB 2, die Kürzung der Landeszuschüsse bei den Schülerfahrtkosten sowie gekürzte Weiterbildungsmittel im VHS-Bereich.

Selbst wenn wir in Menden sämtliche freiwilligen Leistungen streichen würden, kämen wir aus dem jährlichen Minus nicht heraus. Schon lange fordern Bündnis 90 / Die Grünen deshalb in Übereinstimmung mit den Städten und Gemeinden eine grundlegende Gemeindefinanzreform und die Einhaltung des Verursacherprinzips: Wenn Bund oder Land eine Aufgabe beschließen, sollen sie diese auch finanzieren.

Um die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten, brauchen die Kommunen eine sichere Finanzierung, die Haushaltssicherung und Schuldenabbau nicht in den Widerspruch zur Erfüllung aktueller Aufgaben bringt. Erst dann werden den Städten wieder wirklich ausreichende Handlungsspielräume eröffnet, z.B. in Bildung, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit.

Mendener Ursachen für das Loch im Haushalt

Für die miserable Mendener Finanzlage sind aber auch örtliche Faktoren mitverantwortlich. Nur einige Beispiele:

- Für die Herrichtung des KME-Geländes hat die Stadt viele Millionen in den Sand gesetzt, weil die Ratsmehrheit sich gegen unsere Stimmen für den Vorschlag „Klein-Venedig“ mit den höchsten Erschließungs- und Baukosten entschieden

hat. Das Ergebnis sehen wir nun: Der teure Wohnraum lässt sich nicht vermarkten, das Projekt ist gescheitert.

- Die städtischen Gebäude verursachen jedes Jahr mehr als 3 Mio. € Energiekosten. Aufgrund der steigenden Energiepreise ist im Haushalt eine jährliche Steigerung um 10%, also rund 300.000 € angesetzt. Wir hatten die Einstellung eines speziell qualifizierten Energiebeauftragten beantragt, um mit einem gezielten Energiemanagement das weitere Ausufern des Energieverbrauchs und damit auch der Kosten zu beschränken. Die jährlichen Personalkosten von rund 50.000 € würde diese Stelle locker wieder erwirtschaften. In vielen Städten arbeitet so ein Energiebeauftragter bereits erfolgreich – nur im Mendener Rat war ein Beschluss für diese sinnvolle Personalstelle nicht zu erreichen.
- Die städtischen Parkhäuser arbeiten bei weitem nicht kostendeckend. Statt jedoch unserem Antrag zu folgen und kostendeckende Einnahmen zu erzielen, hat eine Ratsmehrheit lieber die so genannte Brötchentaste eingeführt und verzichtet damit sogar auf weitere Einnahmen.

Auch viele andere Finanzentscheidungen der letzten Jahre, ob im Großen oder Kleinen, sind gegen unsere politischen Vorstellungen getroffen worden. Die GAL hat die Haushalte der letzten Jahre deshalb konsequent abgelehnt.

Grüne Maßstäbe

Für die nächsten Jahre muss die Devise lauten: Sparen dort, wo es möglich und sinnvoll ist. Aber bitte nicht um jeden Preis, wir dürfen unsere Stadt und vor allem ihre sozialen Angebote nicht kaputt sparen! Stattdessen ist die Politik noch mehr als bisher gefordert, die Prioritäten richtig zu setzen.

Die Grünen werden finanzielle Entscheidungen in den nächsten Jahren deshalb an folgenden Zielen und Maßstäben messen:

- Frühzeitige Prävention spart Kosten (z.B. vermeidet eine gute und flächendeckende Jugendarbeit langfristig hohe Kosten für Heimunterbringungen).
- Angebote, die Teilhabe für viele ermöglichen, müssen erhalten bleiben (z.B. Bücherei und andere Kulturangebote oder auch Beratungs- und Unterstützungsangebote).
- Der Energieverbrauch und damit die Energiekosten müssen gesenkt werden.
- Investitionen in die Bildung sind Zukunftsinvestitionen.
- Städtische Wirtschaftsförderung muss nachhaltig wirken, z.B. durch Förderung umwelt- und klimaschonender Technologien oder eine echte Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.
- Wo vertretbar, sind Kostendeckungsgrade zu erhöhen (Parkhäuser, Anwendung des Kölner Modells bei Friedhofsgebühren ...).

- In der Einnahme sind Effizienzsteigerungen möglich, z.B. durch Verbesserung in der Bearbeitung von Außenständen (derzeit über 4 Mio. €!).
- Folgekosten müssen genauso geprüft werden wie mögliche Kooperationen mit anderen Städten.

Das Sparkassendesaster

Ein Wahlprogramm kann aktuell zu den städtischen Finanzen nicht enden, ohne auf die Situation der Sparkasse einzugehen:

Lange wurde die wahre katastrophale Lage der Sparkasse von ihrem Vorstand und Verwaltungsrat verschleiert. Obwohl der Stadtrat die Vertretung der Stadt Menden als Träger der Sparkasse ist, wurden ihm trotz mehrfacher kritischer Nachfragen klare Auskünfte mit Verweis auf das Bankgeheimnis und Verschwiegenheitspflichten über ein Jahr lang verweigert. Nun wurde das Desaster klar: Durch die Baukreditaffäre und Fehlentscheidungen in der Geschäftspolitik wurden in den letzten Jahren vermutlich 50 Mio. € Kapital vernichtet. Statt wie in anderen Städten Gewinne zu erwirtschaften und Teile davon an den städtischen Haushalt auszuschütten, wurde unsere Sparkasse zum Sanierungsfall.

Aus eigener Kraft konnte die Sparkasse Menden sich nicht mehr retten, die Fusion mit einer anderen Sparkasse wurde von der Bankenaufsicht angeordnet. Dem Stadtrat blieb nichts übrig als die Fusion mit der Sparkasse Hemer zu beschließen.

Während die dafür verantwortlichen Vorstandsmitglieder inzwischen ihren Hut nehmen mussten, lehnen die Politiker im Verwaltungsrat einen Rücktritt weiterhin ab. Dabei ist es gerade die Aufgabe des Verwaltungsrats, die Geschäftspolitik der Sparkasse zu bestimmen und den Vorstand zu überwachen. In beiden Bereichen hat der Verwaltungsrat versagt.

Für uns ergeben sich daraus zwei klare Forderungen:

Dem Verwaltungsrat der neuen, fusionierten Sparkasse Hemer-Menden dürfen keine Mitglieder des „alten“ Mendener Verwaltungsrats angehören. Außerdem müssen geeignete Mechanismen entwickelt werden, um dem Stadtrat zu den notwendigen Informationen über Lage und voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse, aber auch anderer städtischer Tochterunternehmen, zu verhelfen. Warum sollte in Menden nicht möglich sein, was in anderen Städten längst praktiziert wird?

KOMMUNALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Eine Stadt hat nur begrenzte Möglichkeiten, das wirtschaftliche Geschehen auf ihrem Gebiet zu beeinflussen. Viele Unternehmensentscheidungen haben zwar Auswirkungen vor Ort, sind ihrerseits aber abhängig von den globalen Märkten und Kapitalströmen. Selbst mittelständige und kleine Unternehmen sind heute selten frei, sondern abhängige Zulieferer der Großen. Vor diesem Hintergrund wäre es naiv, die Möglichkeiten kommunaler Wirtschaftsförderung zu überschätzen. Sie muss sich im Wesentlichen darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen zu verbessern und Anreize zu geben für unternehmerisches Handeln.

Zugleich gilt aber für uns Grüne: Wirtschaftspolitik kann und darf kein Selbstzweck sein, sondern soll Mensch und Natur zugute kommen. Die Lebensqualität und die Zukunftschancen einer Gesellschaft sind ganz wesentlich abhängig von einer sozial ausbalancierten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise. Darum stehen der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen für uns genauso im Mittelpunkt wie der sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen und menschenfreundliche Arbeitsbedingungen.

Wir werden deshalb bei einzelnen Entscheidungen die Belange der Kommune in ihrer Gesamtheit berücksichtigen. Eine solche Haltung ist nicht wirtschaftsfeindlich, wie die allzu platte Kritik oft behauptet, sondern an Ganzheitlichkeit und Nachhaltigkeit orientiert.

Grundsätze grüner Wirtschaftspolitik

Qualität kommt vor Quantität! Wenn eine Wirtschaft immer nur einseitig auf mehr Wachstum zielt, werden leicht die ökologischen und sozialen Folgen übersehen: Landschaftsverbrauch, Luft- oder Wasserverschmutzung, Arbeitslosigkeit, usw. Wir Grünen lehnen solch eine blinde Orientierung auf Wachstum seit jeher ab. Denn ebenso wichtig ist, was und wie produziert wird. Konkret folgt daraus z.B. die Förderung regenerativer Energien, der ökologischen Landwirtschaft sowie regionaler Vermarktung.

Ökologie und Ökonomie müssen kein Gegensatz sein. Umweltinvestitionen sind längst zu einem wichtigen und stetig wachsenden Wirtschaftsfaktor geworden. Inzwischen ist klar: Die Verknüpfung von Umwelt- und Wirtschaftsinteressen schafft neue Arbeitsplätze in der Industrie und vor allem auch im mittelständischen Handwerk. Umweltbewusstes Handeln ist nicht mehr nur Ausdruck von Bewusstseinsveränderungen, es ist längst selbst ein bedeutender Motor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden.

Bis zum Jahr 2020 werden in Deutschland allein durch die Nutzung der erneuerbaren Energien mindestens 400.000 neue Arbeitsplätze erwartet. So werden durch eine vernünftige Energie- und Wirtschaftspolitik nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt. Auf diesen Erfolg haben Grüne schon immer gesetzt und zahlreiche politische Entscheidungen unter diesen Gesichtspunkten getroffen. Doch solange eine Ratsmehrheit mit CDU und SPD an der Spitze in Menden die Windkraft genauso verhindern will wie die Solarnutzung städtischer Dächer durch heimische Firmen oder Bürgerbeteiligungsanlagen und gleichzeitig durch eine Beteiligung der Stadtwerke Menden an Kohlekraftwerken die herkömmlichen Energiestrukturen stärken will, haben wir noch viel zu tun. Packen wir's an!

Grüne Wirtschaftspolitik konkret

Die Ansiedlung der Firma OBO Bettermann im Ohl haben wir aus gutem Grund abgelehnt. Für die angestrebte Zusammenlegung der Produktionsbereiche wären auch andere Flächen auf Mendener Stadtgebiet möglich gewesen, sie sind aber nicht genug verfolgt worden. Stattdessen hat sich die Politik zu schnell und aus unserer Sicht unnötig auf die Fläche im Ohl eingelassen, auf der unsere einzige unabhängige Trinkwasserquelle aufgegeben werden musste. Wir finden: So dürfen unsere Umwelt und Verbraucherschutz nicht gegen Arbeitsplätze ausgespielt werden.

Wir wollen die Attraktivität der Innenstadt steigern. Die Leerstände sind nur ein sichtbares Zeichen dafür, dass sich hier dringend etwas tun muss. Leider wurden in den vergangenen Jahren viele gute Ideen nicht weiter verfolgt wie z.B. die Ideen aus dem Workshop der Architektur-Studenten.

Die Ideen des Stadtmarketings wie z.B. die Menden-Gutscheine und den Schaufensterwettbewerb beurteilen wir sehr positiv. Sie zeigen, dass Politik und Verwaltung auch mit geringen finanziellen Mitteln durchaus Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die Innenstadt ist aber nicht allein das Feld der Politik: Es muss gelingen, dass sich die Stadt und z.B. Einzelhändler, Wirtschaftsvertreter und Hausbesitzer gemeinsam für die Mendener Innenstadt stark machen.

Wir tragen die Kernaussagen des Einzelhandelskonzepts mit, das die Entwicklung des Handels in Menden steuern soll. In Zukunft wird so z.B. gewährleistet, dass die Innenstadt keine Konkurrenz durch große Läden auf der grünen Wiese bekommt. Das Konzept beinhaltet auch die Stärkung von Nebenzentren in den Ortsteilen, damit die Bewohner z.B. Waren des täglichen Bedarfs fußläufig bekommen können.

Der Mendener Wochenmarkt erfüllt wichtige Funktionen: Hier können sich Bürger mit frischen, regionalen Produkten versorgen, gleichzeitig ist er für heimische Bauern ein wichtiges Standbein. Gerade ältere Bürger nutzen ihn zur Begegnung, gleichzeitig

profitiert die Innenstadt, denn der Markt bringt Menschen in die Stadt. Auf unsere Initiative hin wurde ein Arbeitskreis gegründet, der den Fortbestand des Wochenmarkts sichern soll.

Wir wollen die Direktvermarktung auf heimischen Bauernhöfen weiter fördern. Die Broschüre „Hofläden in Menden“ war schnell vergriffen, das zeigt wie groß hier das wirtschaftliche Potential und das Interesse der Bürger ist.

Regionaler Tourismus ist ein wachsender Wirtschaftszweig. Menden mit seiner zentralen Lage zwischen Hochsauerland und Ruhrgebiet hat hier eine große Chance: Es liegt auf dem Knotenpunkt von 3 Bahnlinien, die mit attraktiven Radwegen parallel laufen können. Ruhrtalradweg mit Ruhrtalbahn, Hönnetalradweg mit Hönnetalbahn und Oesetalradweg mit Oesetalbahn - auf dem Weg zur LGS.

Um diese Chance zu nutzen, setzen wir uns für den Erhalt der Hönnetalbahn und die Reaktivierung der Schienenverbindung nach Hemer sowie einen parallel geführten Radweg ein.

Den Ausbau regenerativer Energien und damit einen Wirtschaftszweig der Zukunft können wir auch in Menden fördern. Wir wollen z.B. Bürgersolaranlagen durch Bereitstellung städtischer Dachflächen fördern, darüber hinaus städtische Dachflächen an Betreiberfirmen von Solaranlagen verpachten. Windkraftnutzung ist auch in Menden in vertraglicher Form möglich.

Insbesondere von den Stadtwerken fordern wir eine Strategie, die sich der Nachhaltigkeit und einer ökologisch orientierten Energieerzeugung verpflichtet. Dazu gehören vor allem Investitionen in Erneuerbare Energien und für eine energieeffiziente Versorgung.

Arbeit bei der Stadt

Wir werden wie bisher dafür eintreten, dass es bei der Stadtverwaltung keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Maßnahmen zur Ausweitung von Teilzeitarbeit, zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung und zur Frauenförderung finden unsere Unterstützung.

Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung müssen jeweils kritisch darauf überprüft werden, ob sie den Teilnehmern echte Chancen eröffnen. Zudem muss sichergestellt sein, dass nur Arbeiten durchgeführt werden, die nicht auch durch Regelarbeitsplätze zu leisten wären.

Es sind nach Möglichkeit weitere Ausbildungsplätze anzubieten, die auch für den Einsatz außerhalb der Stadtverwaltung qualifizieren. Die Stadt Menden steht hier in der Verantwortung, Jugendlichen neue Chancen zu eröffnen.

KLIMASCHUTZ – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE

Jüngste Äußerungen von US-Präsident Obama und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigen, dass die grüne Forderung nach Schaffung von „Green Jobs“ keine Nischendebatte mehr ist. Klimaschutz ist die größte umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Schon heute ist die globale Erwärmung fakt, Menschen sterben infolge zunehmender Dürren und Überschwemmungen oder verlieren ihre Heimat. Gleichzeitig verschärfen sich Konflikte um Rohstoffe mit der Ressourcenverknappung weiter. Die weltweite Einführung erneuerbarer Energien, ressourcenschonender und effizienzsteigernder Techniken ist somit auch eine der wichtigsten Strategien für eine friedliche und global gerechte Welt.

Die volkswirtschaftlichen Schäden des Klimawandels nehmen dramatisch zu. Er ist damit nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein erhebliches ökonomisches Problem. Eindrucksvoll legte der Ökonom Sir Nicholas Stern dar, dass die Bekämpfung der Folgen einer ungebremsen globalen Erwärmung um ein vielfaches teurer wäre als heute auf konsequenten Klimaschutz zu setzen.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze vor Ort

Energiewende muss sein! Für die Menschen und für das Klima. Durch die globale Ressourcenverknappung und den Klimawandel haben ressourcenschonende Märkte und Technologien das größte Entwicklungspotenzial. Nicht den Atomreaktoren, sondern den drei E – Energieeffizienz, Energieeinsparung, Erneuerbare Energien – gehört die Zukunft. Die drei E erfordern eine Politik, die dezentral und mittelstandsorientiert ist. Für die Monopole sind große Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke die profitabelsten Optionen. Für den Klimaschutz, den Mittelstand und Stadtwerke allerdings sind es dezentrale Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien.

Energieeinsparung, der Einsatz effizienterer Energietechnik und der massive Ausbau erneuerbarer Energien schonen dabei nicht nur das Klima. Sie sorgen auch dafür, dass Aufträge und Wertschöpfung in der Region bleiben und Arbeitsplätze im Handwerk und in der Landwirtschaft geschaffen und gesichert werden. Dezentrale Lösungen, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, verbindliche Energieeinsparziele, eine an Energieeffizienz orientierte Beschaffungspolitik auch für Geräte und Fahrzeuge und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind Bausteine eines kommunalen Klima-Programms, das Arbeitsplätze vor Ort schafft.

Die Lösung des Klimaproblems wird die größte Gründungswelle neuer Industrien und Jobs auslösen, die die Welt seit Jahrzehnten gesehen hat. Laut Umweltwirtschaftsbericht der Bundesregierung wird die Umweltwirtschaft zu einem immer wichtigeren Wirtschaftszweig auch in Deutschland. Ca. 2 Millionen Menschen arbeiten bereits in „Grünen“ Jobs. Bei Windkraftanlagen ist Deutschland Weltmarktführer. Das beste Beispiel dafür bietet das wachsende Mendener Unternehmen NCB Lohmann, das Antriebsteile für Windkraftträder liefert. Es gehört zu den wenigen Mendener Betrieben, die trotz Wirtschaftskrise ein steigendes Auftragsvolumen verzeichnen.

Der erste und wichtigste Schritt in Menden wird verhindert

Doch statt dieses enorme Potenzial offensiv aufzugreifen, zögert und zaudert die Mehrheit der Mendener Politik bereits, wenn es darum geht, auch nur den ersten wichtigen Schritt in Richtung klimafreundliche Stadt zu gehen. Die Grünen Anträge, ein Klimaschutzkonzept aufzustellen und ein kommunales Energiemanagement einzuführen, sollten der erste Schritt zu einem planvollen Vorgehen werden. Mit ihrer Hilfe könnte sich Menden einen Überblick über die größten Energieverbraucher unter den kommunalen Gebäuden verschaffen und Prioritäten in der Umsetzung von energiesparenden Maßnahmen setzen. So ließen sich erhebliche Einsparungen z.B. durch eine Anpassung der vorhandenen Anlagen an den tatsächlichen Bedarf erzielen. Doch die Umsetzung der Grünen Anträge, die nur mit einem großen Wenn und Aber angenommen worden sind, wird seit 2007 verschleppt. Zuständigkeitsfragen werden vorgeschoben.

CDU, SPD und FDP gehen noch weiter mit ihrer klimafeindlichen Politik: Sie verhindern Windkraftanlagen – auch solche, die außerhalb von bebauten Gebieten das Leben unserer Bürger nicht beeinträchtigen würden. Sie verhindern Bürger-Solaranlagen, für die wir uns z.B. gemeinsam mit dem Elternverein der Josefschule stark gemacht haben. Sie wollen nicht diskutieren über ein nachhaltiges Beschaffungswesen im Rathaus.

Mit ganzer Energie in allen Handlungsfeldern

Die mögliche Palette des Mendener Beitrages zum Klimaschutz ist breit gefächert. Die Grünen werden sich in allen Bereichen weiterhin stark machen. Das beginnt bei der Förderung der Mendener Landwirte für die Direktvermarktung der hier gewachsenen Lebensmittel – so sparen wir in Menden Energie für weite Transportwege. Auf unsere Anregung hin werden Strategien zur Stärkung unseres Mendener Wochenmarktes entwickelt. Landwirte aus unserer Region haben einen Absatzmarkt vor Ort und die Verbraucher erhalten frische Lebensmittel.

Die Palette der Möglichkeiten geht weiter

- über Vorgaben in Bebauungsplänen zur optimalen Dachausrichtung für die Nutzung der Sonnenenergie,
- über stadteigene regenerative Energieanlagen,
- über eine auf die Bedarfe der Nutzer ausgerichtete Heizungssteuerung in Kindergärten und Schulen,
- über den Austausch der Straßenbeleuchtung durch energie- und kostensparende Technik,
- über die Umrüstung der städtischen Fahrzeuge mit den in unserer Stadt entwickelten Rußpartikel- und Stickstofffiltern,
- über den Erhalt natürlicher Landschaft, denn Boden und Vegetation können sehr wirkungsvoll Treibhausgase aus der Atmosphäre absorbieren,
- über eine neue Kultur der Mobilität, die umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und ihrer Verknüpfung Vorfahrt gewährt
- bis hin zu der Entscheidung, dass unsere Stadtwerke sich künftig nur noch an regenerativen Anlagen der Energieerzeugung beteiligen.

Wir wollen einen Energieausweis für alle großen städtischen Gebäude mit Publikumsverkehr, wie Rathaus, Schulen KITAS. Dieser weist die Energie-Verbrauchswerte aus und hilft uns, Prioritäten zu setzen bei der energetischen Sanierung, um öffentliche Gelder zu sparen. Trotz gesetzlicher Verpflichtung hält aber die Verwaltung den Energieausweis bisher nicht für nötig.

Hohe Energiepreise als sozialpolitische Herausforderung.

Einkommensschwache Haushalte werden die dramatischen Energiepreissteigerungen schon bald nicht mehr bewältigen können. Für uns Grüne gilt: Eine Grundversorgung mit Energie, die zum Leben und zur sozialen Teilhabe unerlässlich ist, muss sichergestellt sein. Stromspartarife sind sozial gerecht und bieten gleichzeitig Anreiz zum Energiesparen. Darüber hinaus brauchen wir ein Verbot von Gas- und Stromsperren für einkommensschwache Haushalte, die regelmäßige Anpassung der ALG-II-Sätze und eine aufsuchende Energieberatung, um so kurzfristig die schlimmsten Folgen der Energiepreissteigerungen abzumildern.

Staatliche Vorgaben wie der Niedrigenergiehausstandard sind wichtig. Deshalb sind sie kommunal durch Alternativen oder Ergänzungen zur üblichen Energieversorgung zu unterstützen, z. B. durch Solarsiedlungen, die Förderung von Passivhäusern, die Nutzung von Erdwärme oder thermische Solartechnik und Photovoltaik. Wie in anderen Städten auch fordern wir Grünen, dass die Stadt Menden diese Maßnahmen durch entsprechende Erschließungsverträge vorbildlich sichert. Unser städtischer Energieversorger, die Stadtwerke Menden, kann und muss solche Maßnahmen unterstützen.

Energetische Sanierung von Gebäuden

Die energetische Sanierung von Gebäuden senkt deren Wärmeenergiebedarf vermindert die CO₂ Emissionen und spart bares Geld für Eigentümer und Mieter. Einsparungen bis zu 90% sind möglich! Bei der Sanierung von Kitas, Schulen oder Verwaltungsgebäuden fordern wir den bestmöglichen Niedrigenergiestandard. Die Stadtverwaltung muss bei der Anschaffung von elektrischen Geräten, Fahrzeugen und Leuchtmitteln ausschließlich auf energieeffizienteste Techniken setzen.

Wir brauchen ein Energiemanagement für die Verwaltung, für die Schaffung der erforderlichen Personalstellen setzen wir uns ein. Darüber hinaus muss das Energiemanagement in städtischen Gebäuden weiter verbessert werden. Aufgrund des teilweise maroden Gebäudezustands sind die energetischen Verluste dort sehr hoch. Die schrittweise Sanierung mit den damit verbundenen Energiesanierungsmaßnahmen muss mit Priorität durchgeführt werden.

Erneuerbare Energien

Die Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für eine klimagerechte Gesellschaft, weil heimische Erneuerbare wie Sonne, Wind und Biomasse keine zusätzlichen Treibhausgase ausstoßen. Leider ist die Produktion von erneuerbarem Strom und Wärme in Menden noch sehr gering. Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien auch in Menden schnell steigern. Dachflächen der Stadt sollten grundsätzlich für solarthermische oder Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Baurechtliche Hindernisse für die Errichtung von Anlagen müssen abgebaut werden.

Zukünftige Ausrichtung der Stadtwerke

Unsere Stadtwerke müssen sich zu einem Energiedienstleister entwickeln, um in Zukunft bestehen zu können. Die Stadt muss den Stadtwerken klimapolitische und soziale Ziele setzen. Daran hat es bisher gefehlt. Die Stadtwerke müssen Atom- und Kohlestrom durch möglichst eigenproduzierte erneuerbare Energie ersetzen.

Darum:

- Beibehaltung der Struktur der Stadtwerke weiterhin in kommunaler Hand,
- Entwicklung der Stadtwerke zum modernen Energiedienstleistungsunternehmen,
- Förderung der Kooperationen der Stadtwerke zur Optimierung ihrer Unternehmensstruktur,
- gleichgewichtige Beachtung der ökonomischen und der ökologischen Kriterien bei zukünftigen Stromeinkäufen von Vorlieferanten,
- Weiterentwicklung der in Menden vorhandenen Ressourcen der erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind und Biomasse zu einer wesentlichen Säule unserer Energieversorgung,
- verstärkte Energieberatung durch die Stadtwerke.

AKTIVER NATUR- UND UMWELTSCHUTZ

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind ein Hauptziel und Motivation unseres politischen Handelns. Wir machen Ernst mit der Erkenntnis, dass die uns anvertrauten Naturgüter endlich sind. Wir wissen, dass ein gutes Leben der Menderinnen und Mendener von der Wiederherstellung, dem Respekt und dem sorgsamem Umgang mit Boden, Bäumen, Wasser und Luft abhängen.

Dafür brauchen wir eine ökologische Modernisierung der Stadtgesellschaft. Mit kommunalpolitischen, aber auch bürgerschaftlichen Initiativen zu Fragen des Naturschutzes und ganz speziell des Baumschutzes, der Energiepolitik, der Luftreinhaltung, des Hochwasser- sowie des Klimaschutzes haben wir uns den zentralen umweltpolitischen Herausforderungen gestellt. Doch leider bildet die Ignoranz gegenüber den umweltpolitischen Herausforderungen sowie eine mangelnde Einsicht in die Notwendigkeit zum schnellen Handeln bei einer Mehrheit in Stadtrat noch immer eine nur schwer zu überwindende Hürde. Daher besteht in dem zentralen Politikfeld des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes nach wie vor enormer Handlungsbedarf. Diesen wollen wir gemeinsam mit den vielen Initiativen und Umweltverbänden angehen.

Altbäume erhalten

Derzeit fallen unser Stadtbild prägenden und ökologisch wertvollen Bäume regelmäßig Bau- oder auch Verkehrssicherungsmaßnahmen zum Opfer. Der Grund: Es gibt keine Baumschutzsatzung mehr, die CDU hat sie abgeschafft! Unser Antrag auf Wiedereinführung ist im vergangenen Jahr gescheitert.

Doch auch die anderen Fraktionen merken zunehmend, dass wir ein Regularium brauchen, um hier Einhalt zu gebieten. Wir Grünen haben die Initiative ergriffen, Fraktionen übergreifend ein Baumkataster für schützenswerte Bäume zu erstellen. Wir werden auch weiterhin für einen wirksamen Baumschutz kämpfen.

Naturschutz

Die Natur ist aufgrund ihres eigenen Wertes in besiedelten und unbesiedelten Bereichen zu schützen, zu entwickeln und, wenn erforderlich, wiederherzustellen. Wir Grünen wollen den Naturschutz in Menden aus seinem Schattendasein holen. Wir sollten stolz auf unsere Landschafts- und Naturschutzgebiete, unsere Flächen- und Naturdenkmale sein. Denn sie bieten einer Reihe der besonderen Mendener Kostbarkeiten Schutz und Lebensraum: seltenen Pflanzen und gefährdeten Tieren. Wir setzen uns für eine Sicherung der Lebensräume dieser gefährdeten Arten ein.

Unser Ziel ist der Erhalt des Artenreichtums und der Vielfalt begrünter Flächen. Dazu braucht es:

- ein absolutes NEIN zum Weiterbau der A46, denn dadurch werden Naturschutzgebiete und Erholungsgebiete zerstört
- den unbedingten Erhalt der ausgewiesenen Schutzgebiete
- einen Stopp der weiteren Zersiedlung des Umlandes
- keine weitere Beschneidung wichtiger Biotopverbünde, Vogelschutz- und Flora-Fauna-Habitat-Gebiete für wirtschaftliche oder verkehrliche Interessen

Moderne Umweltpolitik – speziell der Naturschutz – erfordern eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Ein integriertes Schutz-, Pflege- und Nutzungskonzept soll gewährleisten, dass die Schutzgebiete nicht nur ihre Funktion für den Naturschutz erfüllen, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger Menden und die Gäste der Stadt durch Wander-, Fahrrad- und Reitwege erlebbar bleiben. Eine bessere Information über Natur und Landschaft und das bewusste Erleben von Natur erhöhen die Akzeptanz und die Wertschätzung der Natur.

Hochwasserschutz

Spätestens die Ereignisse vom August 2008 haben gezeigt, dass der Klimawandel im vollen Gange und auch bei uns in Menden angekommen ist. Zukünftig werden Klimaveränderungen unser Dasein noch stärker beeinflussen. Um die Anfälligkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber Klimaänderungen zu mindern, muss Menden einerseits Treibhausgase reduzieren und sich andererseits an den Klimawandel anpassen.

Die derzeitige kommunale Klimafolgevorsorge beschränkt sich aber fast ausschließlich auf Hochwasserschutzmaßnahmen und hier wiederum einseitig auf die klassischen technischen Maßnahmen. Neben den vorbeugenden technischen Hochwasserschutzmaßnahmen (Mauer Hönneinsel, Hönne Erweiterung am Schmelzwerk u.a.) und dem operativen Hochwasserschutz, müssen wir uns verstärkt um den natürlichen Hochwasserschutz in unserer Stadt bemühen. Das heißt konkret:

- naturnaher Ausbau städtischer Fließgewässer
- Begrenzung der Flächenversiegelung
- Sicherung der Hönne, Bieber und Öese vor Bebauung
- Rückhaltung der Niederschläge durch Versickerung
- Erhalt bzw. Neuschaffung von Retentionsflächen
- Verbesserung der Abflussbedingungen

Für eine starke Umweltaeilung

Die Anforderungen an den Umweltschutz sind gestiegen. Ob Biotopschutz, Artenschutz, Klimaschutz – die Kommunen haben immer wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Dies spiegelt sich auch wider in der Gesetzeslage, die sich rasant und umfangreich geändert hat. Zahlreiche neue Aufgaben und Verpflichtungen sind auf die Kommunen im Umweltbereich dazu gekommen.

Doch während die Aufgaben zunehmen, wurde der Umweltbereich in der Mendener Verwaltung immer kleiner. Einem kontinuierlichen Abbau der Fachkräfte und der Auflösung des Umweltamtes folgte nun auch noch die Zerschlagung der Umweltaeilung, deren Mitarbeiter der Bauverwaltung zugeordnet wurden. Wir werden uns für eine Umweltaeilung in Minden einsetzen. Denn die Kompetenz in Umweltfragen muss gebündelt bleiben.

KINDER UND JUGENDLICHE STEHEN IM MITTELPUNKT

Ob Stadtplanung, Bildungspolitik, Wirtschaft,- Finanz,- oder Verbraucherpolitik - alle politischen Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, ob sie im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen getroffen werden, ob sie den Lebensbedingungen der Familien in unserer Stadt dienen.

Lassen sich Familie und Beruf vereinbaren, gibt es gute und verlässliche Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen, ist die Stadt so gebaut, dass man Kinder draußen spielen lassen kann, finden Jugendliche feste Ansprechpartner in ihrem Stadtteil und haben sie die Möglichkeit, sich zu treffen auf anregenden Flächen?

Antworten auf diese Fragen sagen aus, ob unserer Stadt lebenswert für ihre Familien ist.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Gerechte Startchancen von Anfang an

Wir treten ein für ein bedarfsgerechtes und hochwertiges Kinderbetreuungsangebot. Denn die Bildung im Elementarbereich ist ein entscheidender Faktor für den weiteren Lebensweg eines jeden Kindes. Kinder brauchen gerechte Startchancen, Eltern brauchen qualifizierte und verlässlichen Kinderbetreuung in KITAs und bei Tagesmüttern, um ihr Familien- und Berufsleben vernünftig vereinbaren zu können. Immer mehr junge Leute möchten und müssen beides verwirklichen: eine Familiengründung sowie eine berufliche Entwicklung. Besonders Mütter müssen jedoch oft ihren Berufswunsch wegen eines fehlenden oder unzureichenden Kinderbetreuungsangebots zurückstellen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht zuletzt ein zentraler Schlüssel zur Bekämpfung von Kinderarmut.

Von einem bedarfsgerechten Angebot sind wir in Menden noch weit entfernt. Wir Grünen haben immer die Chance aufgezeigt, die sich durch rückgängige Kinderzahlen im Kindergarten ergibt: Kleinere Gruppen bilden und mehr Ganztagsbetreuung anbieten. Doch diese Chance wurde nicht genügend genutzt. Stattdessen haben CDU, SPD und FDP dafür gestimmt, viele Gruppen zu schließen und Erzieherinnen nicht weiter zu beschäftigen. Am Papenbusch konnten wir Grünen eine Gruppenschließung verhindern.

Gerade kleine Kinder brauchen eine Kontinuität in ihren Beziehungen. Zu viel Personalwechsel verunsichert. Deshalb wollen wir ein vernünftiges Personalentwicklungskonzept, das stabile Beziehungen in den Kindergruppen und eine berufliche Lebensplanung der Erzieherinnen ermöglicht. Wir Grünen haben das

Anliegen der Erzieherinnen nach einer besseren Bezahlung und nach einem Gesundheitsvertrag unterstützt. Ihre anspruchsvolle Arbeit musste endlich die Anerkennung erfahren, die sie verdient.

Durch das schwarz-gelbe KinderBildungsgesetz (KiBiz) haben sich die Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern verschlechtert. Weniger Personal für Kinder, ausufernde Bürokratie und allgemeine Unterfinanzierung sind nur einige der negativen Folgewirkungen. In Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und dem Städte- und Gemeindebund treten wir aktiv für Nachbesserungen ein.

Kinder mit und ohne Behinderung in KITAs

Die Grünen setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in wohnortnahen Einrichtungen betreut und gefördert werden, um frühzeitig voneinander und miteinander zu lernen. So entwickeln sich soziale Kompetenzen bei allen Kindern.

Für viele behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder ist die Integration in einer Kindergarten-Regelgruppe grundsätzlich gut. Die Rahmenbedingungen, die das Kinderbildungsgesetz der schwarz-gelben Landesregierung vorgibt, sind leider für eine gute Betreuung nicht ausreichend. Die Grünen engagieren sich für kleinere Gruppen und einen besseren Personalschlüssel.

Heilpädagogische Gruppen sind darüber hinaus notwendig, weil die Regelgruppe nicht für alle Kinder geeignet ist. Wahrnehmungsgestörte Kinder z.B. können Reize nicht filtern, ihnen ist es in der Regelgruppe zu laut und zu reizüberflutet. Sie brauchen eine andere Umgebung und therapeutische Begleitung. In der heilpädagogischen Einrichtung werden die Kinder optimal gefördert, ohne von ihren Eltern permanent neben der KITA von einem Arzt zum anderen oder zu Therapeuten gefahren zu werden. Wir Grünen wollen heilpädagogische Gruppen wohnortnah. Zurzeit müssen noch alle Kinder, die heilpädagogisch betreut werden sollen, in Nachbarstädte gefahren werden.

Menden an Deiner Seite - Frühe Hilfen für Familien in Menden

Erfahrungen, die ein Kind zu Beginn seines Lebens macht, beeinflussen seine Entwicklung nachhaltig. Der Grundstein für einen vertrauensvollen Blick in die Welt wird gelegt. Damit dies gelingt, will Menden mit dem Projekt „Frühe Hilfen“ den Familien zur Seite stehen. Unbemerkte familiäre Überforderungssituationen können zu Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt gegen Kinder führen. Hilfen, früh genug angesetzt, lassen es nicht so weit kommen.

Ob Familienpaten für die Überbrückung einer schwierigen Zeit, der Treff für junge Mütter, ob Motivationen für die Vorsorgeuntersuchungen, der Einsatz der Hebammen in der Jugendhilfe oder die Besuche des Familienlotsen nach der Geburt eines Kindes - alle diese Projekte wurden gemeinsam mit Fachleuten aus der Jugendhilfe aus den KITAs, den Beratungsstellen, den Wohlfahrtsverbänden, mit Hebammen und Kinderärzten entwickelt. Eine solche multiprofessionelle Vernetzung kann Kinder schützen. Wir Grünen haben diese Konzepte im Bündnis für Familie und in Arbeitsgruppen mit entwickelt und werden diese vorbildliche Entwicklung weiterhin engagiert und kontinuierlich unterstützen.

Spiel- und Bewegungsflächen in unserer Stadt

Kinder brauchen viel Spiel und Bewegung, damit sie sich gesund entwickeln. Wir wollen, dass sich unsere Kinder frei bewegen können in ihrem Viertel, in unserer Stadt auf sicheren Wegen und Plätzen, in einer anregungsreichen Umgebung. Deshalb stimmen wir nicht jedem Vermarktungsvorschlag von städtischen Flächen zu. Das ökologisch hoch entwickelte Wäldchen inmitten des Wohngebietes Lahrfeld z.B. wollten wir als Naturspielraum erhalten. Inzwischen wurde es für ein Wohnhaus geopfert. Darüber hinaus muss es speziell ausgewiesene Plätze geben zum Treffen, Spielen, Toben.

Für ältere Kinder und Jugendliche fehlen Flächen, wo sie Skaten, Kicken, Inlinern können, ohne mit den Anwohnern in Konflikt zu geraten. Das Gelände am ehemaligen Güterbahnhof wäre ideal, da es besonders in der Innenstadt an solchen Möglichkeiten mangelt. Wir Grünen wollen dort eine Jugend-Aktionsfläche, CDU und SPD wollen stattdessen an dieser Stelle Parkplätze vermarkten. Wir geben nicht auf und werden das Thema wieder auf die Tagesordnung heben.

Wir wollen Plätze und Flächen zu Treffpunkten von Jung und Alt machen. Dafür bieten sich der Grünzug Hönne an sowie der alte und neue Rathausvorplatz. Den ersten Schritt haben wir erreicht: Der Platz vor dem alten Rathaus ist autofrei. Folgend muss jetzt bald der Platz vor dem neuen Rathaus.

Die Jugendbildungsstätte Kluse

Wir schätzen die anerkannt gute außerschulische und schulbegleitende Bildungsarbeit der Kluse. Deshalb wollen wir die Raum- und Personalstandards auch in Zeiten knapper Kassen auf dem guten Niveau halten. Grünes Anliegen war es immer, das schöne Außengelände mit Wiese und Ballspielfläche für die Kinder und Jugendlichen zu erhalten. CDU und FDP wollten das Gelände zu Wohnbauzwecken vermarkten. Wir freuen uns, dass dieser Plan aus Gründen des Schallschutzes gescheitert ist und dadurch die guten Bedingungen bleiben können.

Stadtteilarbeit

Die Jugendtreffs Das Zentrum, Treff Platte Heide, Stadtteiltreff Lendringsen, Treff Bösperde bieten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, mit anderen zusammen zu kommen, Musik zu hören, zu spielen und andere Freizeitmöglichkeiten zu planen und ggfs. dort durchzuführen. Es gibt Projektangebote, Konzerte und Jugendkulturveranstaltungen, Wochenend- und Ferienangebote.

In den Jugendtreffs finden die Kinder und Jugendlichen über Freizeitangebote hinaus auch Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte. Sie erfahren dort Lebensbegleitung und Orientierung.

Die Treffs leisten mit ihrer Arbeit wichtige präventive Arbeit und sparen der Jugendhilfe auf Dauer Kosten, das hat zuletzt auch der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt. Für uns Grüne ist deshalb klar, dass sie in vollem Umfang erhalten bleiben müssen.

Papenbusch

Wie jeder Stadtteil in Menden hat der Papenbusch seinen eigenen Charakter. Der Papenbusch ist ein besonderer Stadtteil mit spezifischen Stärken und spezifischen Problemen. Es ist ein wachsender Stadtteil mit einem höheren Anteil an jungen Familien, der Anteil der Haushalte mit Kindern liegt höher als in der Gesamtstadt. Das ist erfreulich, das sollten wir als Chance begreifen.

Der Anteil der Alleinerziehenden, der Anteil der Hilfeempfänger und der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus Spätaussiedlerfamilien liegt über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Deshalb ist eine gute Stadtteilarbeit gerade hier wichtig und kann Konflikte verhindern. Auf einen Grünen Antrag hin wird zusätzlich zur aufsuchenden Jugendarbeit nun auch eine personell besetzte Anlaufstelle geschaffen.

CHANCEN DURCH BILDUNG

In Deutschland hängt Bildung immer noch viel zu stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Diesen Zusammenhang müssen wir aufbrechen. Die Zahl der Bücher im Regal der Eltern darf nicht länger den Bildungserfolg bestimmen. Unter Bildung verstehen wir mehr als reine Wissensvermittlung und gute PISA-Ergebnisse. Vielmehr hat Bildung vor allem mit sozialem Lernen und Persönlichkeitsentwicklung zu tun. Bildung ist ein Prozess, in dem die Welt aktiv und verantwortungsvoll mitgestaltet wird.

Früher anfangen

Kinder müssen früh gefördert werden. Daher ist es neben dem Ausbau der Kinderbetreuungsplätze von größter Bedeutung, die Qualität der frühkindlichen Förderung zu steigern. Bündnis 90 / Die Grünen stehen für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung ab dem 1. Lebensjahr.

Die Sprache ist der Schlüssel, um die Welt zu verstehen, deshalb brauchen Kinder mit Sprachproblemen frühzeitige Unterstützung. Außerdem fordern wir, Kitas zu Familienzentren auszubauen, in denen Eltern Beratung und Unterstützung erhalten können – am besten schon während der Schwangerschaft.

Kurze Beine brauchen kurze Wege

Gerade für Kinder ist das soziale Netz im eigenen Ortsteil besonders wichtig. Hier finden sie sich allein zurecht, suchen sich ihre Freunde und gestalten selbstständig ihre Freizeit. Deshalb wollen wir Grünen im Interesse der Kinder die Schule im Dorf lassen. Die Einrichtung von Schulverbänden sehen wir als sinnvolle Möglichkeit, um dies zu erreichen.

Zusätzlich sollten kreative Nutzungsmodelle für nicht mehr benötigte Teilflächen in Schulen entwickelt werden, so dass noch andere Funktionen im Gebäude Platz finden.

Kein Kind zurücklassen

Jedes Kind muss mitgenommen, individuell gefördert und zu einem Abschluss geführt werden. Ein Schulsystem, das Kinder mit zehn Jahren auf „niedrige“ und „höhere“ Schulformen aufteilt und etwa 10 Prozent der Jugendlichen ohne Abschluss entlässt, fördert Minderwertigkeitsgefühle, Frust und somit letztlich auch Gewalt. Kinder sollen

länger gemeinsam und voneinander lernen. Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind besonders eingeht, stärkt sowohl die Leistungsstarken als auch die Schwächsten.

Wir Grünen fordern daher die Gemeinschaftsschule für Menden, die ein frühes Aussortieren der Kinder verhindert und längeres gemeinsames Lernen zum Ziel hat. Es geht uns nicht einfach darum, Schulformen abzuschaffen. Im Gegenteil: Die verschiedenen Schulformen sollen ihre Stärken in die neue Gemeinschaftsschule mit einbringen. Auf diese Weise können wir in Menden ein breit gefächertes Bildungsangebot trotz rückläufiger Schülerzahlen erhalten.

In Fröndenberg und Iserlohn gibt es sie längst, in Hemer wurde sie aufgrund des Elternwillens neu eingerichtet, nur in Menden lehnt eine Mehrheit sie aus ideologischen Gründen ab: Die Gesamtschule. So werden wir nun erleben, dass immer mehr Schüler aus Menden abwandern, wenn wir nicht selbst aktiv werden. Wir unterstützen daher alle Bemühungen Mendener Eltern, auch hier eine Gesamtschule einzurichten.

Ganztagschulen bieten Zeit für mehr

Gute Bildungsangebote sinnvoll über den Tag verteilt können Bildungsdefizite abbauen und den starken Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg durchbrechen. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund, leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler, aber auch besonders Begabte profitieren davon. Diese Anforderungen vereinen die Ganztagschulen, deren flächendeckende Einführung von den Grünen im Landtag initiiert wurde. Die Kinder erhalten hier unabhängig von ihrer sozialen Herkunft eine warme Mahlzeit, Hausaufgabenbetreuung und bis in den Nachmittag durch Kooperationen mit Sportvereinen, Musik- und Theatergruppen, Handwerkern und Künstlern ein gutes Freizeitangebot. Wir fordern daher, den begonnenen Ausbau der Ganztagschulen in Menden mit Schwung fortzusetzen.

Schulwege erleichtern

Die Fahrtkosten, auch für Schüler, sind so hoch, dass sich immer mehr Menschen keine Fahrkarte für ihre Kinder leisten können. Insbesondere bei mehreren Geschwisterkindern kommen sehr hohe Kosten zustande. Das heißt. Wer arm ist, muss laufen, ob sich der Weg eignet oder nicht.

Wir Grünen haben Schulwegbegehungen hinter uns, die sehr anstrengend waren: Ohrenbetäubender Lärm von vorbeidonnenden LKW, Staub und Abgase oder auch sehr einsame und dunkle Wege, wo ängstliche Kinder ihre Not haben. Eine ganze Stunde Schulweg zu Fuß mit einem schweren Tornister auf dem Rücken sind zu viel. Hier wollen wir eine flexiblere Handhabe bei der Fahrkostenerstattung.

Schüler und Schulen brauchen gute Beratung

Derzeit gibt es nur an den Hauptschulen eigene Stellen für die Schulsozialarbeit. Die Erfahrungen damit sind sehr positiv: Schüler und Eltern finden einen professionellen Ansprechpartner außerhalb der Lehrerschaft, aufkommende Probleme können frühzeitig angesprochen und angepackt werden. Wir fordern, dass auch an den anderen weiterführenden Schulen und den Förderschulen Schulsozialarbeiter zum Einsatz kommen, um unterstützend, beratend und präventiv tätig zu werden.

Für den Schulpsychologen fordern wir die Ausweitung auf eine volle Stelle, damit er regelmäßig an den Schulen feste Sprechzeiten anbieten kann, um Lehrer und Schüler gleichermaßen zu unterstützen.

Der Anteil von Schülern ohne Schulabschluss steigt. Die Stadt Menden muss sich das Ziel setzen, jedes Kind zu einem Schulabschluss zu bringen. Dafür sind Instrumente zu entwickeln und Förderprogramme zu nutzen, um auch diesen jungen Menschen eine Zukunftschance zu bieten.

Schüler brauchen gerade im Übergang von der Schule in den Beruf besondere Unterstützung, immerhin geht es hier um Entscheidungen für's Leben. Dies umfasst sowohl die Stärkung von Kompetenzen und Hilfe bei Defiziten wie auch eine Unterstützung bei der Berufswahl und Bewerbung. Städtische Angebote (Förderband, Angebote der Kluse) müssen erhalten und die Kooperation mit der heimischen Wirtschaft ausgebaut werden.

Vernetzt betreuen

Bildungseinrichtungen müssen untereinander besser zusammenarbeiten, insbesondere beim Übergang von der KITA in die Grundschule oder bei Schulwechseln. Enge Netzwerke von Schule, Jugendamt, Sozialbehörden, Polizei und Justiz sind nötig, um bei Problemfällen adäquat und zeitnah handeln zu können. Verschiebebahnhöfe darf es hier nicht geben. KITAs und Schulen sind aufgerufen, sich in ihren Stadtteil hinein zu öffnen und Jugendarbeit, Vereine, Musik- und Kunstschulen, weitere Bildungsträger, Senioren, Handwerk. einzubeziehen. Beide Seiten müssen hier aufeinander zugehen und die Ganztagschule als Chance für ein engeres Zusammenwirken zum Wohle der Kinder und Jugendlichen begreifen.

Mehr Männer in Kitas und Grundschulen

Besonderes Augenmerk muss auf männliche Bildungsverlierer gerichtet werden. Jugendgewalt ist überwiegend männlich – sowohl was die Täter als auch was die Opfer angeht. Vielen Jungen fehlen positive männliche Vorbilder. Auch in KITA und Grundschule treffen sie fast ausschließlich auf weibliche Pädagogen und können auch hier nicht von positiven männlichen Identifikationsfiguren lernen. Wir brauchen deshalb mehr Männer in KITAs und Grundschulen und eine stärkere Rollenreflektion aller Erziehungskräfte in den Einrichtungen.

SOZIALPOLITIK FÜR MENDEN

Soziale Probleme nehmen auch in Menden zu. Kommunale Sozialpolitik hat die Aufgabe, darauf zu reagieren. Dabei darf es aber nicht einfach um eine Mängelverwaltung durch die Stadt Menden gehen. Vielmehr gilt es, darauf hin zu arbeiten, dass alle Mendener Einwohner ein Leben in Würde führen können. Trotz wieder wachsender Arbeitslosigkeit und Armut auch in Menden halten wir Grünen an einem Leitbild von Sozialpolitik fest, das geprägt ist von den Begriffen Solidarität, Integration und Selbstbestimmung.

Armut

Die Armut wächst auch in Menden. Die Mitarbeiter der kirchlichen Hilfswerke und der Schuldnerberatungsstellen verzeichnen einen immer größer werdenden Zulauf von Menschen in Not. Die Grünen fordern deshalb endlich die längst überfällige und von Fachleuten lange angemahnte Erhöhung der Hartz4-Regelsätze.

Im letzten Jahr wurde insbesondere die Armut von Schulanfängern sichtbar und führte die ehrenamtlichen Helfer an ihre Grenzen. Daher ist die Stadt Menden hier besonders gefordert. Wir fordern deshalb geeignete (städtische) Maßnahmen zum Abbau der Armut bei Schulanfängern, z.B. die Übernahme der Lernmittelkosten für Bedürftige.

Familienpass

Die Stadt Menden gewährt seit kurzem Inhabern des Familienpasses unabhängig vom Einkommen in verschiedenen Bereichen Ermäßigungen und Vergünstigungen. Wir Grünen tragen die Einführung dieses Familienpasses und die damit verbundenen Ermäßigungen trotz mancher sozialer Unausgewogenheit mit, da es sich in erster Linie um eine familienpolitische Leistung handelt, die insbesondere jungen Familien zugute kommen soll.

Sozialklausel

Die von der Ratsmehrheit gegen uns beschlossene so genannte Sozialklausel halten wir für eine Mogelpackung. Es wurden nämlich eigentlich nur die schon immer geltenden sozialen Ermäßigungen für finanzschwache Personen zusammengefasst. Eine angemessene Erweiterung der sozialen Ermäßigungen, die diesem Personenkreis die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtert hätte, fand nicht statt. Wir fordern deshalb die Weiterentwicklung der Sozialklausel, damit Menschen mit geringem Einkommen davon auch tatsächlich profitieren. Unsere wesentliche Forderung ist dabei, die gewährten Ermäßigungen von 25% auf 50 % anzuheben.

Sozialticket

Auch einkommensschwache Personen haben ein Recht auf Mobilität, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Daher haben einige Städte und Gemeinden in NRW ein so genanntes Sozialticket eingeführt. Bei uns wird das Thema Sozialticket aber leider nur zwischen der Stadt Menden, dem Märkischen Kreis und der MVG hin und her geschoben. Niemand fühlt sich zuständig und die bedürftigen Personen bleiben dabei auf der Strecke. Dieses unwürdige Spiel muss ein Ende haben. Wir fordern deshalb, endlich eine Regelung für ein Sozialticket zu schaffen. Die Stadt Menden muss sich dafür beim Märkischen Kreis und der MVG stark machen!

Arbeit für alle ermöglichen

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch in Menden Folgen: Immer mehr Firmen haben Kurzarbeit eingeführt. Ob dies ein wirklicher Fortschritt ist gegenüber früheren Zeiten, wo auf wirtschaftliche Flauten mit (Massen-)Entlassungen reagiert wurde, oder ob sich die Kurzarbeit doch nur zu einer Entlassung auf Raten entwickelt, bleibt abzuwarten. Auch der in der Vergangenheit unter dem Begriff der Deregulierung der Arbeit propagierte Abbau von Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechten sowie die Schaffung von Leiharbeitsplätzen sind ungeeignete Instrumente gegen die aktuelle Krise.

Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE wie die so genannten 1-Euro-Jobs, die angeblich zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt dienen sollen, haben sich oft als bloße Warteschleifen mit disziplinarischem und entwürdigendem Charakter für die erwerbslosen Menschen herausgestellt.

Patentrezepte gibt es nicht und können auch wir Grünen nicht aus dem Hut zaubern. Allerdings halten wir es für notwendig, auch in Menden verstärkt darüber nachzudenken, wie Arbeit und Einkommen gerecht verteilt und erwerbslose Menschen sinnvoll in den Arbeitsmarkt geführt werden können.

Das soziale Netz / Beratungsstellen

Das Märchen von der sozialen Hängematte, in der sich die Armen ausruhen, stimmt nie. Vielmehr sollte das grundgesetzlich festgeschriebene Sozialstaatsgebot sicherstellen, dass niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe wahrnehmen können.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit sieht auch in Menden oft anders aus. Auch hier sind Menschen auf Beratung und Hilfe angewiesen. Daher sind die in und für Menden tätigen Beratungsstellen aus unserer Sicht unverzichtbar. Die von der schwarz-gelben Landesregierung zu verantwortende Schließung des Arbeitslosenzentrums Iserlohn, in dem auch etliche Mendener Erwerbslose Rat und Hilfe fanden, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Alte Menschen / Demografischer Wandel

Auch Menden bleibt vom so genannten demografischen Wandel nicht verschont. Während bisher eher die Risiken dieser Entwicklung betont wurden und die Stadt sich in einem Wettbewerb mit den Nachbarkommunen um junge Familien sieht, sollten auch die Chancen dieses Prozesses stärker in den Vordergrund rücken. Dies drückt der Slogan „ Wir werden älter, weniger und bunter“ treffend aus.

Der städtische Seniorentreff, dessen Erhalt endlich durch einen Ratsbeschluss gesichert ist, spielt eine zentrale Rolle als Treffpunkt und Beratungsstelle für die alten Menschen dieser Stadt. Wir wollen ihn in der bekannten Qualität erhalten.

Die Arbeitsgemeinschaft „Senioren für Senioren“ veranstaltet nicht nur regelmäßig das beliebte Seniorenfest unter dem Zeltdach am Neuen Rathaus, sondern fungiert auch als Interessenvertretung der in Menden wohnenden alten Menschen. Diese über Jahrzehnte gewachsene Interessenvertretung gilt es zu stärken.

Auch die Art und Weise, wie alte Menschen wohnen (wollen), hat sich geändert. Anstelle der Heimunterbringung als letzte Station am Lebensende gibt es inzwischen vielfältige Wohn- und Lebensformen, z.B. Wohngemeinschaften, Mehr-Generationen-Häuser, kleine Heime mit familienähnlichen Strukturen. Soweit möglich sollte die Stadt diese alternativen Wohn- und Lebensformen unterstützen, da durch sie ein hohes Maß an Lebensqualität für alte Menschen verwirklicht wird.

Altsein darf auch nicht einfach auf Pflege- und Hilfsbedürftigkeit reduziert werden. Einer alternden Gesellschaft und damit auch in unserer Stadt muss es darum gehen, die kreativen Potentiale der Älteren zu fördern und zu nutzen. Eine breit gefächerte Infrastruktur, die von Angeboten in der Erwachsenenbildung bis zur Möglichkeit ehrenamtlichen Engagements in und für die Stadt reicht, kann helfen, das Alter als selbstbestimmte und schöpferische Lebensphase zu gestalten.

Behinderte und psychisch Kranke

Behinderte und psychisch kranke Menschen haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und gehören daher nicht an den Rand der Gesellschaft. Barrierefreies Wohnen, Arbeit und Leben muss in Menden für diesen Personenkreis selbstverständlich möglich sein.

Lesben und Schwule

Die erste rot-grüne Regierung hat für Lesben und Schwule einige gesetzliche Verbesserungen beschlossen. Diese müssen weiterhin in Menden mit Leben erfüllt werden, d.h. Schwule und Lesben dürfen nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden.

FRAUENPOLITIK

Vor 90 Jahren durften Frauen zum ersten Mal wählen und - was ebenso wichtig ist - auch gewählt werden. Und die Frauen haben diese Chance auch genutzt. Fast 90 Prozent machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch und auf Anhieb wurden 10 Prozent weibliche Abgeordnete gewählt. Seitdem konnten es sich Parteien und Politik nicht mehr erlauben, Frauen und ihre spezifische Situation zu ignorieren.

Aber der Kampf um die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht gewonnen. Noch immer bekommen Frauen bei uns 22% weniger Lohn als Männer in gleichen Jobs, noch immer sind Frauen in Führungsetagen und Entscheidungspositionen zu wenig vertreten.

Das zeigt auch ein Blick in die aktuelle Zusammensetzung des Mendener Stadtrats: Von den 55 Ratsmitgliedern sind nur 19 Frauen. Das ist zu wenig! Frauen haben andere Sichtweisen und gehen anders an Probleme heran als Männer. Leider gibt es gerade auf kommunaler Ebene oft nur wenige Frauen in den Parlamenten, da Frauen neben Familie und Beruf kaum die Möglichkeit haben, diese Dreifachbelastung auf sich zu nehmen. Wir Grünen haben es dennoch geschafft, eine fast paritätisch besetzte Liste aufzustellen. Darauf sind wir stolz.

Mädchen und Frauen stark machen

Wir wollen Mädchen stark machen und treten für Mädchenförderangebote ein, wie Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse in Schulen, Sportvereinen und in der Jugendarbeit.

Junge Mädchen machen häufig die besseren Abschlüsse in Schule, Ausbildung und Beruf. Dennoch wählt ein Großteil der Mädchen aus den 340 Ausbildungsberufen nur wenige typische Frauenberufe aus, die häufig wenig Gehalt und kaum Aufstiegschancen bieten. Deshalb unterstützen wir Grünen den jährlich stattfindenden „Girl's day“, an dem Mädchen und junge Frauen in handwerkliche und technische Berufe hineinschnuppern können.

Wir unterstützen alle Bemühungen, Mendener Frauen zu fördern und zu qualifizieren sowie die weiteren aus dem Frauenförderplan resultierende Maßnahmen. Besonders hilfreich ist dabei die Arbeit der städtischen Gleichstellungsbeauftragte, die für eine Vernetzung der verschiedenen Initiativen sorgt und sie mit eigenen Angeboten ergänzt.

Beratung sichern – Vor Gewalt schützen

Wir wollen, dass Frauen in Menden bedarfsgerecht beraten und unterstützt werden in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Schutz vor Gewalt. Dazu gehört auch - gemeinsam mit anderen Städten - die Sicherung des Frauenhauses in Iserlohn.

Ihr Zuhause ist für eine Frau der gefährlichste Ort. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache für Verletzungen bei Frauen, sogar häufiger als Verkehrsunfälle. Und häusliche Gewalt nimmt zu. Deshalb sind Frauenhäuser als Schutzräume wichtig. Trotzdem hat die schwarz-gelbe Landesregierung die vierte Stelle im Frauenhaus gestrichen. So mussten Plätze sowohl für Frauen als auch für ihre Kinder abgebaut und die Einzelberatungen und die Betreuung von Migrantinnen erheblich eingeschränkt werden. Wir Grünen kämpfen für die Wiederbesetzung der vierten Stelle und für eine angemessene Ausstattung im Frauenhaus.

INTEGRATION

Menden ist eine multikulturelle Stadt. Über 80 verschiedene Nationalitäten sind in Menden vertreten. Ausländische Geschäfte und Restaurants sind sichtbarer Ausdruck dieser Realität. Darüber hinaus gibt es immer wieder Möglichkeiten zur Begegnung, z.B. bei gemeinsamen Veranstaltungen und Festen.

Dennoch ist das Alltagsleben nicht völlig problemlos. Unterschiedliche Lebensweisen führen auch in Menden zu Missverständnissen und Konflikten zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern. Somit gilt es auch für Menden, dass das Zusammenleben von Mendenern mit deutschem und ausländischem Pass verbessert werden kann. Dieser Prozess der Integration ist für uns keine Einbahnstrasse, sondern ein Prozess des gegenseitigen Lernens und der gegenseitigen Bereicherung.

Ausländische Vereine und Verbände

Die ausländischen Verbände und Vereine sind nicht nur Orte der Traditions- und Heimatpflege, sondern auch Brücken zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern. Wir werden sie daher weiterhin fördern und unterstützen.

Mitbestimmungsrechte für ausländische Mitbürger/innen

Bisher gab es laut Landesgesetzgebung nur die Möglichkeit, dass die ausländischen Mitbürger einen sog. Ausländerbeirat wählen durften, der ihre Belange vertreten sollte. Dabei hat dieses Gremium keine eigenen Kompetenzen, sondern nur eine beratende Funktion. Die eigentlichen politischen Entscheidungen wurden und werden andernorts getroffen, z.B. in einem Fachausschuss oder im Stadtrat. Entsprechend gering ist daher oft das Interesse an einem solchen Ausländerbeirat – dies erkennt man z.B. an der geringen Wahlbeteiligung, aber auch an der Bereitschaft, sich überhaupt zur Wahl zu stellen.

Durch eine Gesetzesänderung haben sich die Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen erweitert, diesen Spielraum wollen wir für Menden nutzen. Damit die Belange der ausländischen Mitbürger endlich das ihnen gebührende Gewicht in der Kommunalpolitik erhalten, wollen wir einen Integrationsausschuss schaffen, der echte Entscheidungskompetenzen hat wie andere städtische Fachausschüsse auch.

Sprachförderung

Sprache ist das entscheidende Mittel zur Integration. Das Erlernen der deutschen Sprache ist daher von enormer Wichtigkeit. Darüber hinaus darf aber auch das Erlernen der Muttersprache nicht vernachlässigt werden. Wir wollen nicht hinnehmen, dass eine Reihe ausländischer Kinder beide Sprachen sozusagen nur halb können.

Unter dem Gesichtspunkt des gegenseitigen Lernens und der gegenseitigen Bereicherung sollten auch deutsche Kinder die Möglichkeit haben, schon früh (spielerisch) eine Fremdsprache kennen zu lernen. Schließlich kann Mehrsprachigkeit in unserer globalisierten Welt ein wichtiger Faktor für Erfolg im Berufs- und Alltagsleben sein.

Ausländische Flüchtlinge

Kriege, Armut und Umweltkatastrophen sind einige der Ursachen, dass Menschen aus den sog. Ländern der Dritten Welt nach Europa und auch nach Menden kommen. Anstelle Europa zu einer möglichst uneinnehmbaren Festung auszubauen, gilt es, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Wir unterstützen deshalb Mendener Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren. Darüber hinaus wollen wir dafür Sorge tragen, dass die ausländischen Flüchtlinge unter menschenwürdigen Umständen hier leben können.

KULTUR

Ein reges Kulturleben hat die Stadt weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht. Hierzu gehören auch unkonventionelle alternative Formen von Kultur. Ziel einer guten Kulturpolitik ist es, Raum für Aktivitäten zu schaffen und Initiativen zu fördern. Trotz knapper Kassen dürfen Angebote nicht kaputt gespart und müssen Sponsoren gefunden werden. Die Kultur hat sich als bedeutsamer weicher Standortfaktor für die Wirtschaft entwickelt.

Bücherei

Die Dorte-Hillecke-Bücherei ist ein wichtiger Bestandteil des Bildungsangebots in Menden. Deshalb ist es nötig, dass der Bestand immer aktuell gehalten wird. Wir wollen die Öffnungszeiten für die Bücherei vor allem in den Abendstunden und an den Wochenenden ausweiten, um auch Berufstätigen und Familien die Gelegenheit für eine Nutzung zu geben. Bedürftigen muss die kostenlose Ausleihe ermöglicht werden. Die Bücherei in Lendringsen ist uneingeschränkt zu erhalten, um den Nutzern weite Wege zu ersparen.

Kunst- und Musikschule

Kunst- und Musikschule mit ihrem breit gefächerten und anspruchsvollen Programm sind aus unserer Stadt nicht mehr wegzudenken. Doch viele Mendener können sich die Teilnahme nicht leisten, wir fordern hier echte Sozialtarife mit Ermäßigungen bis zu 50 Prozent. Die Kooperation von Kunst- und Musikschule mit dem Offenen Ganztage ist ein erklärtes Ziel unserer Grünen Politik.

Kunst- und Theaterszene

Der Bildenden Kunst und den Künstlern fehlen Ateliers vor Ort ebenso wie Ausstellungsmöglichkeiten. Ähnlich geht es den zahlreichen Jugend- und Erwachsenenbands, die zentral gelegene Probe- und Auftrittsräume suchen. Hier muss mit städtischer Unterstützung geholfen werden, damit das kreative Potential nicht verloren geht.

Wir unterstützen die Mendener Theaterszene, denn sie ist erfreulich vielfältig, experimentierfreudig und eigenständig. Scaramouche, Theater am Ziegelbrand, Halinger Dorftheater oder Mendener Amateurtheater, um nur einige zu nennen sind seit Jahren etabliert. Neu dazu gekommen und sehr erfolgreich sind die Schultheatertage, bei denen sich Kinder und Jugendliche ausprobieren können.

Museum

Das Mendener Museum hat sich zu einem lebendigen Ort der Stadtgeschichte entwickelt. Das ist neben dem Engagement einer Reihe von Ehrenamtlichen dem großen Einsatz der Museumsleiterin zu verdanken. Die Schaffung einer dauerhaften vollen Stelle für die Museumsleitung bleibt deshalb unser Ziel.

SPORT

Sportliche Aktivitäten – ob im Verein oder privat – machen vielen Mendenern Spaß und sind obendrein noch effektive Gesundheitsvorsorge. Das große Angebotsspektrum der Sportvereine kommt vielen Kindern und Jugendlichen zugute. Sport bietet zudem vielen Menschen interkulturelle Begegnungsmöglichkeit und ist damit ein wichtiger Schritt zum guten Miteinander der Kulturen. Dass dies alles möglich ist, verdanken wir dem großen Engagement vieler Ehrenamtlicher.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, für ein breites Sportangebot in Menden die notwendigen Voraussetzungen schaffen bzw. erhalten. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass durch Kooperationen noch mehr Sportangebote den Ganzttag in den Schulen mitgestalten.

Mendener Bäder

Das Hallenbad und die beiden verbliebenen Freibäder müssen unbedingt vor einer Schließung bewahrt werden, denn Schwimmen und Sonnenbaden sind eine beliebtes Freizeitvergnügen. Wir unterstützen das große Engagement des Bürgervereins Leitmecke, damit das beliebte konventionelle Freibad Bestand hat. Die ansprechende Anlage des Naturbades Lendringsen wollen wir aufwerten, indem das Wasser durch Solaranlagen aufgewärmt wird. Im Hallenbad fehlt uns ein Kleinkinderbereich, um das Bad auch für junge Familien attraktiv zu machen.

Sportplätze und -hallen

Um die vorhandenen Sportstätten zu erhalten und zu sanieren, ist von den Sportpolitikern eine Prioritätenliste aufgestellt worden. Zahlreiche Fußballvereine erhalten in diesen Jahren Kunstrasenplätze, wenn sie sich mit angemessener Eigenleistung bzw. eigenem Arbeitseinsatz beteiligen. Der Max-Becker-Sportplatz auf dem ehemaligen Eisenwerkgelände wurde mit großem Aufwand und Engagement fertig gestellt. Wir unterstützen solche Investitionen im Sportbereich, von denen viele Vereine, Schulen und Sportgruppen profitieren werden.

Trendsport

Jugendliche lieben Trendsportarten. Allerdings müssen dafür auch die entsprechenden Flächen geschaffen werden. Die von uns unterstützten Projekte Klettergarten und Biker-Anlage werden hoffentlich bald fertig gestellt. Eine attraktive Skateranlage wird den Mendener Jugendlichen inzwischen seit mehr als einem Jahrzehnt versprochen. Wir wollen, dass diese Anlage endlich erstellt wird.

DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen an politischen Entscheidungen beteiligen können. Wir wollen, dass politische Diskussionen und Entscheidungen mit ihren Auswirkungen für die Stadt und ihre Menschen nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden.

Zu Zeiten der absoluten Mehrheit haben wir letzteres leider viel zu oft erleben müssen. Inzwischen haben wir wieder eine Konstellation, in der um Mehrheiten und Kompromisse gerungen werden muss. So findet politische Auseinandersetzung wieder öffentlich und für alle sichtbar dort statt, wo sie hingehört – nämlich im Stadtrat, der Vertretung aller Bürger.

Haushalt mitgestalten

Die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) hat die städtische Haushaltsaufstellung grundlegend verändert: Aus einem unübersichtlichen, nach buchhalterischen Formalien aufgestellten Zahlenwerk ist eine Auflistung von Zielen und Aufgaben und den daraus resultierenden Erfordernissen an Personalstellen und Finanzmittel geworden. Über Kennzahlen können Entwicklungen nachverfolgt werden (z.B.: Wieviel Medien pro Einwohner werden in der Bücherei ausgeliehen?) und ggf. steuernd eingegriffen werden.

Diese Form des Haushalts wird in Zukunft auch Bürgern den Einblick erleichtern. Unser Wunsch ist, die Bürger darüber hinaus auch aktiv an der Aufstellung des Haushalts zu beteiligen. Andere nordrhein-westfälische Städte haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Dort konnten die Bürger mit Hilfe von Fragebögen, Bürgerversammlungen und anderen Beteiligungsformen die Aufstellung eines Haushaltes konkret verfolgen und beeinflussen. Wir wollen solche Ansätze auch in Menden verwirklichen.

Bürgerbeteiligung

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass viele Bürger bereit sind, sich an politischen Prozessen und Entscheidungen zu beteiligen, wenn sie in die Planungen einbezogen werden. Wir wollen dies fördern und unterstützen. Wir treten ein für die konkrete Beteiligung der BürgerInnen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes.

Wir werden deshalb auch weiterhin bei wichtigen Entscheidungen eine kreative Bürgerbeteiligung und Bürgerversammlungen einfordern.

Bürgerbegehren unterstützen

Bürgerbegehren können ein geeignetes und demokratisches Mittel sein, um aktiv Einfluss auf die Gestaltung von Politik zu nehmen. Die bisherigen beiden Bürgerbegehren in Menden wurden von der damaligen Ratsmehrheit allerdings nur als Störung angesehen und auch so behandelt. Wir treten dafür ein, dass die Verwaltung bei zukünftigen Bürgerbegehren mit den Antragstellern kooperativ zusammenarbeitet und Bürgerbegehren vom Rat als Bereicherung der politischen Willensbildung anerkannt werden.

Notizen



Ihre Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen ...

- | | |
|--|-------------------------|
| 1 Halingen / nördl. Heidestraße | Stefan Band |
| 2 Holzen | Andreas Salmen |
| 3 Mühlenbergstraße / Landwehr | Klaus Ebbecke |
| 4 Schwitten | Bodo Schulte |
| 5 Platte Heide West / Ostsümmern | Peter Köhler |
| 6 Bismarckstraße / Holzener Straße | Jan Ditzhaus |
| 7 Platte Heide Mitte | Tina Reers |
| 8 Papenbusch / Am Galgenfeld | Anita Kiehne |
| 9 Bräukerweg / Sachsenstraße | Sonja Heller |
| 10 Heimkerweg / Berliner Straße | Gerlinde Steinhage |
| 11 Fröndenberger Straße / Werler Straße | Martin Smith |
| 12 südwestl. Innenstadt | Doris Rosenthal-Rehbein |
| 13 Lahrfeld | Anja Hommel |
| 14 nordöstl. Innenstadt | Klaus Steinhage |
| 15 Obsthof / Haunsberg | Ingrid Ketzscher |
| 16 Rauherfeld / Horlecke / Oberstadt | Karla Brinkschulte |
| 17 Berkenhofskamp | Nico Berg |
| 18 Barge / Oesbern / Lürbke | Christian Fischer |
| 19 Lendringens Mitte | Steffi Fischer |
| 20 Hüingsen | Holger Hartnig |
| 21 oberer Bieberberg | Heinz-Dieter Simon |
| 22 Asbeck / Oberrödinghausen /
Bieberkamp | Monika Klaus-Brintrup |

MENDEN KANN MEHR!

Bündnis 90 / Die GRÜNEN
OV Menden

Tel. 02373 / 6 71 16
www.gruene-menden.de

Grün-Alternative-Liste
Ratsfraktion

Tel. 02373 / 39 14 56
www.gal-menden.de